

Ministerratsprotokoll Nr. 47
vom 19. Februar 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. G r i m m, H e i n l, Dr. P e s t a und Dr. R e s c h.

Zugezogen:

zu Punkt 2: Vom Bundesministerium für Finanzen: Ministerialrat Dr. W i l f l i n g, Regierungsrat K e r n r e u t e r und Finanzrat Dr. G r u b e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 12.00 – 13.30

Reinschrift (5 Seiten), Konzept, unterfertigte Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll.

I n h a l t:

1. Forderungen der assoziierten Nachfolgestaaten auf Vorschüsse aus dem Goldschatze der österreichisch-ungarischen Bank aus Anlaß der Abwicklung des N U M-Kredites.

2. Forderungen der Staatsangestellten.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 2, [Bundesministerium für Finanzen], ohne Zahl, Ausführungen von diversen Ministern zu den Forderungen der Staatsangestellten (5 ½ Seiten)

1.

Forderungen der assoziierten Nachfolgestaaten auf Vorschüsse aus dem Goldschatze der österreichisch-ungarischen Bank aus Anlaß der Abwicklung des N U M-Kredites.

B.-M. Dr. G r i m m berichtet über einen Zwischenfall, der sich bei einer am 12. d. M.

stattgefundenen Sitzung der Liquidatoren der Österreichisch-ungarischen Bank in Angelegenheit der Durchführung des mit der Direktion der N U M abgeschlossenen Vergleiches ergeben habe. Im Zuge der vorausgegangenen Verhandlungen habe die Reparationskommission auf Grund der Verhandlungen mit den holländischen Faktoren die Zustimmung dazu erteilt, daß zwei Drittel des restlichen N U M-Kredites aus dem Goldschatze der Österreichisch-ungarischen Bank beglichen werden, die bekanntlich neben der Regierung des damaligen Österreichisch-ungarischen Staates für den N U M-Kredit als Bürge und Mitschuldner eingetreten ist. Bei der vorerwähnten Sitzung hätten nun die Vertreter der Nachfolgestaaten erklärt, ihre Zustimmung zu dem Projekte der Reparationskommission sei nur bedingungsweise gegeben worden. Vor allem müßten sie ihre Einwilligung zu einer solchen Tilgung des N U M-Kredites davon abhängig machen, daß ihnen die auf ihre Staaten entfallenden Anteile an dem Goldschatze der Bank ausgefolgt werden. Zumindest müsse ihnen bereits dermalen ein entsprechender Vorschuß auf diesen ihren Anteil gewährt werden.

Die Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen seien diesem Standpunkte entgegengetreten und hätten betont, daß der Goldschatz der Bank Eigentum der österreichischen und der ungarischen Staatsverwaltung sei, da von den ungefähr 1200 Millionen Goldkronen, welche die Bank bei Kriegsbeginn besessen habe, annähernd 600 Millionen als von den Regierungen erlegt anzusehen seien, und zwar 542 Millionen als Golderlag im Zusammenhange mit der Einziehung der Staatsnoten und 60 Millionen Kronen zur teilweisen Abstattung auf die sogenannte „80 Millionen-Guldenschuld“. Die Ansicht der Bank daß durch die Goldgebarung während des Krieges (Goldexporte für Zwecke der Valutabeschaffung) das Gold bereits rückerstattet sei, sei juristisch nicht haltbar.

Die Vertreter der Nationalstaaten hätten demgegenüber behauptet, daß die beiden Regierungen selbst das Bankstatut außer Kraft gesetzt und die Rechtslage verändert hätten. Auch die Bankfragen betreffenden Vereinbarungen zwischen Österreich und Ungarn vom 1. November 1899 konnten dermalen nicht mehr als gültig angesehen werden.

Hierauf hätten die österreichischen Vertreter erwidert, daß das Bankstatut niemals zur Gänze suspendiert worden sei und die Vereinbarungen vom Jahre 1899 keinen Bestandteil des Bankstatutes gebildet hätten, vielmehr auf Grund gesetzlicher Ermächtigung mit der Österreichisch-ungarischen Bank getroffen worden seien.

Die Vertreter der Nationalstaaten hätten schließlich ihre Zustimmung zu dem Vergleiche mit der N U M von Weisungen ihrer Regierungen abhängig machen zu müssen erklärt.

Die Liquidatoren der Bank, welche offenbar über das Ergebnis dieser Besprechung nach

Paris berichtet hätten, scheinen nun den Auftrag erhalten zu haben, dem Verlangen der Sukzessionsstaaten in einem eingeschränkten Ausmaße zu entsprechen. Sie hätten nämlich am 17. d. M. bei der Bankleitung angefragt, ob sie bereit sei, bei der Ausfolgung von etwa 50 Millionen Goldkronen aus dem Goldschatze der Bank zum Zwecke der Erteilung von Vorschüssen auf das Liquidationsergebnis an die Regierungen in den Nachfolgestaaten mitzuwirken. Die Bankleitung habe sich mit dem Bundesministerium für Finanzen in Verbindung gesetzt und die Weisung erhalten, sich den Liquidatoren gegenüber darauf zu berufen, daß sie den Goldschatz als Eigentum der österreichischen Regierung beziehungsweise, sofern er in Budapest erliege, der ungarischen Staatsverwaltung betrachte, welche die Ausfolgung des Goldes verboten haben. Die Bankleitung habe in der Folge die Liquidatoren in diesem Sinne beschieden, worauf letztere ihre Anforderung, wengleich in veränderter Form, erneuert hätten. Sie verlangten ohne Bezeichnung des Verwendungszweckes

1. die Ausfolgung von 65 Millionen Goldkronen und

2. die Ausfolgung sämtlicher Schlüssel zu den Bankkassen, in welchen der Metallschatz verwahrt werde. Die Beantwortung dieses Schreibens, die für den gleichen Tag verlangt worden sei, sei von der Bankleitung einvernehmlich mit dem Bundesministerium für Finanzen in ablehnendem Sinne erfolgt.

B.-M. Dr. G r i m m glaubt nun den Ministerrat darauf aufmerksam machen zu sollen, daß diese Stellungnahme der Regierung und der Bankleitung allenfalls weittragende außenpolitische Konsequenzen nach sich ziehen könne. Die Regierung sei aber wohl verpflichtet, das Äußerste zu versuchen, um ihre Rechte auf den Goldschatz zu wahren. Die juristische Grundlage der Vereinbarungen vom Jahre 1899 halte vielleicht hinsichtlich der Golderläge der Regierungen nicht jeder Kritik stand, der juristische Standpunkt der Staatsverwaltung sei jedoch immerhin genügend fundiert, um ihn bei der Bankliquidation zur Durchsetzung gewisser österreichischer Interessen benützen zu können. Diese vorteilhafte Position bei den Verhandlungen würde verloren gehen, wenn eine Verfügung über den Goldschatz getroffen werde, die ihn als einen Bestandteil der Liquidationsmasse erscheinen lasse. Dieser Rechtsstandpunkt der österreichischen Regierung sei übrigens den Liquidatoren der Bank und der österreichischen Sektion der Reparationskommission bereits im Dezember v. J. zur Kenntnis gebracht worden. Immerhin sei zu befürchten, daß die Abmachungen hinsichtlich der Abwicklung des N U M-Kredites in Mitleidenschaft gezogen werden, weiters daß die Liquidatoren über die ablehnende Haltung der österreichischen Regierung nach Paris berichten würden, so daß die mit Loucheur gegenwärtig schwebenden Verhandlungen

gefährdet werden könnten. Ein Nachgeben der Regierung sei jedoch aus den angeführten Gründen völlig ausgeschlossen.

Redner regt an, daß das Bundesministerium für Äußeres den österreichischen Gesandten in Paris und die hiesigen Ententevertreter entsprechend informiere.

Der Ministerrat nimmt den Bericht und Antrag des Bundesministers für Finanzen zustimmend zur Kenntnis.

2.

Forderungen der Staatsangestellten.

B.-M. Dr. G r i m m berichtet in eingehender Weise über die von mehreren Organisationen der Staatsangestellten neuerlich aufgestellten Forderungen und die hiedurch geschaffene Lage. Diese Forderungen seien nicht einheitlicher Natur, weshalb die Situation umso verworrener erscheine. Seiner Auffassung nach sollte regierungsseitig der Versuch gemacht werden, alle politischen Parteien zu bestimmen, durch unmittelbare Einflußnahme auf die Angestelltenorganisationen eine Klärung der Lage zu versuchen. In materieller Beziehung ständen einander derzeit folgende Wünsche gegenüber:

1. die der Eisenbahnbediensteten, welche auf eine Verdoppelung der Teuerungszulage abzielen. Die Erfüllung dieser Forderung würde in Anwendung auf alle Staatsbediensteten den Staatsschatz mit 4.7 Milliarden jährlich belasten;

2. die Forderungen des Zentralverbandes der Staatsangestellten-Vereinigungen und der Gewerkschaft der Akademiker in öffentlichen Diensten, beinhaltend eine 100 prozentige Erhöhung sämtlicher Bezüge und Flüssigmachung einer Anzahlung von 5000 Kronen noch in diesem Monate;

3. die „Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaft“ (Bund der öffentlichen Angestellten, Post- und Telegraphenbedienstete, Stadtschutz- und Sicherheitswache) habe erklärt, daß sie ihre Forderungen noch nicht formuliert hätte, sich aber dem Wunsche nach Erhöhung der Teuerungszulage anschließe. Eine Erhöhung der Gesamtbezüge werde nicht abgelehnt, doch bestehe diese Gruppe darauf, daß die perzentuelle Erhöhung in den unteren Klassen eine verhältnismäßig wesentlich größere sein müsse.

Was die formelle Seite der angebahnten Verhandlungen anbelangt, seien gestern alle drei Organisationen vom Redner gleichzeitig zu sich gebeten worden. Sie wären auch erschienen, doch hätten die beiden ersteren Organisationen es abgelehnt, sich mit der „Sektion“ an einen Verhandlungstisch zu setzen. Durch derart gesonderte Beratungen werden naturgemäß die Verhandlungen sehr erschwert, zumindest aber die Situation der Regierung geschwächt, da

jede der einzelnen Angestelltengruppen die Tendenz verfolge, mit größeren Erfolgen abzuschließen. Fürs erste wäre daher anzustreben, daß alle drei Gruppen gemeinsam verhandeln. Darauf sollten die Regierung in ihrer Gesamtheit, beziehungsweise die politischen Parteien Einfluß nehmen. Überdies müßten zu den Verhandlungen auch Vertreter anderer Regierungsstellen delegiert werden, da die Verantwortung für derartige einschneidende Neuregelungen nicht vom Bundesministerium für Finanzen allein getragen werden könne. In materieller Hinsicht sei zu bemerken, daß eine 100 prozentige Erhöhung der Gesamtbezüge ein Mehrerfordernis von 10 Milliarden ergeben würde, wovon für 4 Milliarden Deckung bereits vorhanden, der Rest unbedeckt sei. Gestern habe der Eindruck vorgeherrscht, daß auf der Grundlage des Zugeständnisses von 2500 Kronen (einschließend die im Jänner bereits ausbezahlten 1500 Kronen) eine Einigung erzielbar wäre, so daß mithin noch 1000 Kronen flüssig zu machen wären. Die Gemeinde Wien soll allerdings eine neuerliche Vorauszahlung von 2400 Kronen zugestimmt und sich zu Verhandlungen wegen der perzentuellen Erhöhung der Bezüge verpflichtet haben. Um die Gefahr eines Generalstreiks abzuwenden, würde Redner unter der Voraussetzung, daß sofort eine Bedeckung gefunden würde, vorschlagen, den Staatsangestellten analog dem den Wiener Gemeindebediensteten gemachten Zugeständnisse den Betrag von 2400 Kronen zu bewilligen. Außerdem müßte sich die Regierung zu weiteren Verhandlungen wegen Erhöhung der Bezüge ausdrücklich bereit erklären.

Würden sonach den Staatsangestellten jetzt 2400 Kronen bewilligt werden, so erhielten sie damit einen Gesamtvorschuß von 3000 Kronen, sofern die im Jänner ausbezahlten 1500 Kronen eingerechnet werden. Redner mache jedoch in diesem Zusammenhange darauf aufmerksam, daß die Gemeinde Wien im Jänner nicht 1500 Kronen, sondern 2000 Kronen ausbezahlt habe. Wenngleich man demnach versuchen sollte, mit den vorerwähnten 2400 Kronen das Auslangen zu finden, müsse doch damit gerechnet werden, daß die Staatsangestellten auf der Gleichstellung mit den Gemeindeangestellten bestehen und die volle Differenz in den Jännerbezügen, das sind 500 Kronen mehr verlangen werden.

Der sprechende Minister bitte daher, ihn zu ermächtigen, in der angedeuteten Richtung die Verhandlungen weiter zu führen, das ist auf der Grundlage einer Vorauszahlung von 2400 Kronen, wobei sich die Regierung grundsätzlich bereit erklärt, über die Erhöhung der Bezüge weiter zu verhandeln. Der Ausgang dieser Verhandlungen stehe allerdings in innigem Zusammenhange mit dem Ausgange der derzeit schwebenden Kreditverhandlungen. Sollte die Beamenschaft mit dieser Lösung nicht einverstanden sein, so müßte sich aber die Regierung in der Presse vor der Öffentlichkeit rechtfertigen, um nicht die Verantwortung für

die Folgen eines Generalstreiks auf sich zu nehmen.

B.-M. Dr. P e s t a berichtet, daß den Eisenbahnern ein Betrag von 500 Kronen bereits angewiesen worden sei, wofür die Bedeckung jedoch gegeben wäre.

Vizekanzler B r e i s k y vertritt die Anschauung, daß der Regierung gar nicht das Recht zustehe, unter Umgehung des Nationalrates derartige Verpflichtungen zu Lasten des Bundesschatzes zu übernehmen. Die Auszahlung eines vom Hauptausschusse nicht ausdrücklich bewilligten Vorschusses schaffe ein bedenkliches Präjudiz.

B.-M. Dr. G r i m m regt an, die Angelegenheit vor den Hauptausschuß zu bringen; er halte dies auch deshalb für notwendig, weil für die Besoldungsreform ein Präjudiz geschaffen werde und weil ein Junktim mit der Bedeckungsfrage bestehe.

Ministerialrat Dr. W i l f l i n g fügt bei, daß in der vorschußweisen Auszahlung von 2400 Kronen der Gedanke zum Ausdruck gelange, daß über eine Erhöhung weiter verhandelt werden könne, die in diesen Rahmen fällt und die unter der Bezeichnung „Vorschuß“ gegeben werden könne. Was die vorerwähnte Differenz gegenüber den Auszahlungen der Gemeinde Wien anbelange, meint er, daß es die Verhandlungen wesentlich erleichtern würde, wenn man sich die in Betracht kommenden 500 Kronen nicht abringen ließe, sondern die Sache offen zur Sprache brächte. Andernfalls würden die Unterhändler der Regierung sehr an Vertrauen einbüßen. Es sollte daher, wenn sich kein anderer Ausweg böte, auf 2900 Kronen hinaufgegangen werden können.

B.-M. Dr. G r i m m resümiert, daß die für die beiden Monate dergestalt notwendigen Zahlungen (1500 Kronen und 2900 Kronen) für 263.000 Bedienstete 6.8 Milliarden betragen würden.

Der Ministerrat nimmt nach eingehender Debatte die Ausführungen des Bundesministers für Finanzen zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt ihn, die Verhandlungen mit den Vertretern der Staatsangestellten in der angedeuteten Weise weiter zu führen. Die Regierung erklärt sich bereit, Vorauszahlungen innerhalb des oberwähnten Rahmens anzuordnen, sobald der Hauptausschuß, dem ehestens ein Bericht hierüber zuzugehen hätte, seine Zustimmung hiezu gegeben haben wird. An den Verhandlungen mit den Organisationen haben Vertreter der Bundesministerien für Inneres und Unterricht, für soziale Verwaltung sowie für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten teilzunehmen.

47. 19.2.21	19.II. Wilfling Regierungsrat Kernreuter Gruber Bial Raitz(?) [...] Loewenfeld / Reg.
<u>Mayr</u> : Mitteilung. Möglich, dass ich nächsten Tag Berufung nach ...	1) <u>Mayr</u> : In Paris die Verhandlungen scheinen sich besser anzulassen (nicht ungünstig). Französische Banken sind zu haben. Auch Italien und Belgien. Länder doch möglicherweise eine Berufung.
<p><u>Grimm</u>: Gold. Verfügung, die Forderung der Liquidatoren der österreichisch-ungarischen Bank. Ausfolgung des Goldschatzes NUM-Kredit. Reparations-Kommission. Schließlich Entscheidung, dass zwei Drittel [...] des NUM-Kredites aus dem Goldschatz der Bank begleicht.</p> <p>Bisher Standpunkt der Liquidatoren, dass nicht herangezogen für Valutaschulden. Streitfrage, die noch nicht gelöst ist. Jetzt hängen wir mit der Bank. Ob die Bank, die als Mitbürger eintritt, oder nicht. Der österreichisch-ungarischen Staat ist als Bürge weggefallen, so tritt die Bank ein an dessen Stelle. 1200 Millionen Goldkronen: 65 Millionen Goldkronen abverlangen. 220 Millionen sind überhaupt noch da. Wir können nicht glatt nachgeben. Wir werden vielleicht gezwungen werden, aber wir sind wenigstens gedeckt. Die nächste Folge, die wir fürchten, ist, dass der NUM-Kredit wieder ins Schwanken kommt.</p> <p>Die nächste Folge, noch unangenehmer, dass die Liquidatoren auf die Widerspenstigkeit der österreichischen Regierung hinweisen. Sodass das Londoner Abkommen gefährdet wird. Aber</p>	<p>2) <u>Grimm</u>: Ich habe im Einvernehmen mit dem Herrn Kanzler Verfügung getroffen: Forderungen der Liquidatoren der österreichisch-ungarischen Bank nach Ausfolgung eines Teils des Goldschatzes hängt mit dem NUM-Kredit zusammen. Die Reparations-Kommission hat aufgrund der Verhandlung mit den Holländern eine Entscheidung getroffen, dass sie zustimmen, dass zwei Drittel des restlichen NUM-Kredites aus dem Goldschatz der österreichisch-ungarischen Bank beglichen werden. (im Gegensatz zur bisherigen Haltung). Bisher: In fremder Valuta geschuldete Beträge dürfen nicht vorzugsweise befriedigt werden. Jetzt fragt sich, ob die Bank, die als Bürgen und Mitschuldner neben der Regierung für den NUM-Kredit eingetreten ist, ihren Regress gegen uns weiter geltend machen kann. Der Altstaat ist weggefallen. Deshalb tritt jetzt die Bank ein. Verliest Akt und Note an. Ich glaube auch, dass auch der Kabinettsrat dieser Note beipflichten muss. Die nächste Folge würde sein, dass die Frage des NUM-Kredites wieder ins Schwanken kommt, die Vertreter der Nachfolgestaaten erklären, dass sie dieser Lösung eines Kredits nur <u>zustimmen</u> zugestimmt, dass ihnen die auf sie anfallenden Goldbeträge ausgezahlt wird. Weitere Folge, dass Liquidatoren nach Paris berichten werden und sagen werden, dass wir widerspenstig sind (Londoner Verhandlungen ungünstig beeinflusst).</p>

wir können nicht nachgeben. Äußeres musste nicht nur Gesandten Eichhoff, sondern auch die hiesigen Gesandten verständigen. Die Reparations-Kommission wird auch verständigt werden, wiewohl das nicht in den Aufgabenkreis der Reparations-Kommission gehört.

Genehmigt. [23] //

Beamten

Mayr: Nicht günstig verworren, definitive Lösung nicht kommen kann, wenn man nicht daran denkt. Jetzt würden alle Parteien für diese Frage interessieren.

In materieller Beziehung stehen sich Folge-Wünsche einander gegenüber.

1.) Eisenbahn. a) Verdoppelung der Teuerungs-Zulage. Das würde bei allen Bediensteten 4,7 Milliarden jährlich.

2.) Zentralverband und Gewerkschaft der Akademiker. 100 Prozent sämtliche Bezüge und Auszahlung einer Anzahlung. Noch in diesem Monate darauf von 5000 Kronen.

3.) Die Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaft: Sie haben noch keine präzise Forderung gestellt, sich aber wie die Eisenbahner angeschlossen. Lehnen auch nicht von vornherein die 100 Prozent-Erhöhung ab, aber nicht durchgängig, sondern nur für die unteren Klassen. Abstufung nach Maßgabe der „Bedürftigkeit“.

In formeller Beziehung: Gestern mit den Gewerkschaft und dem Zentralverband und Bund eingeladen. Erstere setzen sich nicht mit dem Bund an einen Tisch. Heute hier den Bund in sehr nunmehr geänderter Form geladen: Das ist vom Bund die Sektion der Staatsbediensteten, Post, Telegrafien, Stadtschutz, Polizei. Die an einen Tisch zu bringen, wird Sache der Regierung sein. Da sollen die politischen Parteien darüber einig werden. Die Verhandlung soll nicht alleine vom Finanzminister geführt werden. Es sollen auch die anderen sehen, wie es ist. Es müssen Grundlagen für weitere Verhandlungen geschaffen werden.

Grimm: Man müsste auch das Ministerium für Äußeres verständigen. Letzteres müsste nicht nur Eichhoff, sondern auch [...] Vertreter verständigen. Die Reparations-Kommission wird verständigt werden, notwendig ist es aber nicht. Die Liquidatoren der Bank sind aus dem Agenda-Kreis der Reparations-Kommission ausgeschaltet.

Mayr: Angenommen.

3)

Grimm: Durch die Verschiedenheit der Wünsche ist sehr verworren, dass es zu einer definitiven Lösung nicht so rasch wird kommen können, wenn man nicht wirklich daran geht, jetzt alle Parteien für diese Frage zu interessieren. Jetzt stehen in materieller Beziehung gegenüber folgende Wünsche:

1) Wunsch der Eisenbahn-Bediensteten, (die Verdoppelung der Teuerungs-Zulage: Verwendung auf alle Staatsbediensteten 4,7 Milliarden. (auf ein Jahr und alle Bediensteten).

2) Forderung des Zentralverbandes und der Gewerkschaft der Akademiker: 100 Prozent Erhöhung sämtlicher Bezüge und Auszahlung einer Anzahlung noch in diesem Monat dafür von 5000 Kronen.

3) Die Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaft erklärt: Sie hat noch keine präzise Forderung gestellt, sie hat sich aber dem Wunsch nach Erhöhung der Angestellten angeschlossen. Also lehnen auch nicht von vornherein die Erhöhung der Bezüge ab, bestehen aber darauf, dass es nicht eine durchgängige Erhöhung ist, (unteren Bediensteten eine wesentlich höhere). Formale Frage: Zentralverband, Gewerkschaft und Bund habe ich eingeladen.

Heute Vormittag habe ich dann den Bund geladen. (Dazu gehört der ehemalige Bund der öffentlichen Angestellten, der Post, Telegrafien Bediensteten, Stadtschutz und Sicherheits-Wache). Diese Leute an einen Tisch zu bringen wird Sache der Regierung ein ...

Materiell: 100 Prozent Mehrerfordernis von 10 Milliarden, davon 4 Milliarden gedeckt und 6 bis 7 zu decken. Außerdem 5000 Kronen: 3500 unter Anrechnung der im Jänner gegebenen 1500 Kronen. //

Die Gemeinde Wien hat ein Übereinkommen geschlossen, 2400 Kronen Vorauszahlung und Eingehen in die Prozent-Erhöhung der Bezüge. Es sollen 70 Prozent bis 100 Prozent Erhöhung bewilligt werden. Ich habe den Magistratsdirektor sofort verständigt, dass wir nur in dem Rahmen etwas beitragen können, als wir für die Staatsbediensteten etwas machen können.

Gestern wollte ich beantragen, 2000 bis 2500 Vorauszahlung zu bewilligen. Davon aber sollten die 1000 abgezogen werden. Wenn überhaupt darauf eingehen, können wir nicht weiter gehen als bei der Gemeinde. Wenn wir ihnen wie bei der Gemeinde in Aussicht stellen zu verhandeln, wegen Prozent-Erhöhung der Bezüge, so werden sie vielleicht zufrieden sein.

Mayr: Ich glaube, dass wir über das, was die Gemeinde zugestanden hat, nicht herum können. Mehr können wir freilich aber nicht zugestehen.

Grimm: Darin liegt eine schwere Belastung der Bevölkerung der Steuerlast. Immer werden wir 7 Milliarden leisten müssen.

Mayr: Es müssten Kredite erlangt werden {übergibt den Vorsitz dem Vizekanzler}

Resch: Wir sollten dasselbe anbieten, wie die Gemeinde Wien. Jede Organisation will, als Sieger heimkehren. Man muss die Masse der Beamten aufklären, auch durch die Zeitung.

Grimm: Auch Politiker sollten an den Beratungen teilnehmen.

Mayr: Ich weiß nicht, ob das gut ist, die Politiker zuzuziehen.

Breisky: In der Gewerkschafts-Kommission sollen angeblich auch Angehörige anderer Parteien sitzen, die sollen auf die anderen einwirken, um die alle zusammenzubringen.

Mayr: Ich werde die Sache den Parteien vorlegen. Aber heranziehen zu den Verhandlungen, das möchte ich nicht.

Grimm: Wenn wir 2400 Kronen geben, so haben sie in den zwei Monaten 3900 Kronen bekommen. Die Gemeinde Wien hat aber im

Materielle Frage: Mehrerfordernis bei [...]: 10 Milliarden. 6-7 Milliarden wären davon zu decken (bei 100 Prozent Erhöhung). Wie ich höre, haben sie auf 3500 Kronen zugestanden. Die Gemeinde Wien hat nun gestern mit ihren Bediensteten ein Übereinkommen geschlossen, dass sie Vorauszahlungen von 2500 Kronen bewilligt haben, und verhandelt wegen Erhöhung der Bezüge und zwar nun fragt es sich, was die Regierung tun solle.

Ich habe gestern den Vorschlag machen wollen, um die Gefahr eines Generalstreiks abzuwenden, zu beantragen 2000, eventuell 2500 Kronen, zu bewilligen. Wir können jedenfalls nicht weitergehen, als den Gemeinde-Bediensteten zugestanden wurde. Wenn wir ihnen so wie bei der Gemeinde in Aussicht stellen, dass wir verhandeln werden wegen der Prozent-Erhöhung ~~der Prozent~~ der Bezüge, so wird sie vielleicht mit 2500 einverstanden sein. [26] //

Mayr: Ich glaube, wir werden über das, was der Gemeinde zugesteht, nicht herumkommen. Mehr können wir nicht machen.

So viele Verhandlungen müssen wir davon abhängig machen, dass die gemeinsam verhandelt wird mit allen Gruppen und dass wir Kredite bekommen.

Resch: Es bleibt uns nichts übrig, als das wir dasselbe geben, was die Gemeinde Wien gegeben hat. Also 2500 Kronen und dann sind wir bereit zu verhandeln. Ich würde offen sagen, dass wir mit einer Organisation nicht verhandeln können. Durch die Zeitungen entsprechend aufklären.

Breisky: Man soll zuständige Leute zusammenbringen. In der Gewerkschafts-Sektion sollen nun auch Angehörige anderer Parteien sitzen. Auf diese sollte man einwirken.

Mayr: Man kann diese Frage in die Parteien bringen, das will ich besorgen.

Grimm: Das Ausmaß dieser Vorauszahlung oder einmaligen Aushilfe:

Jänner nicht 1500, sondern 2000 gegeben. [24]

//

Der Vorschlag wäre als, 2400 Kronen Vorauszahlung und bereit zu verhandeln.

1) Aber die Verhandlung muss an einem Tisch geführt werden.

2) Bedeckung muss sichergestellt werden.

3) Hängt der Ausfall auch ab von den Kreditverhandlungen.

Ich habe erklärt, dass, wenn sie es nicht einsehen, so muss die Regierung in die Öffentlichkeit.

Mayr: Das sollte man aber jetzt schon tun.

Grimm: Wenn das Übereinkommen nicht gefunden wird, so erscheint morgen schon die Veröffentlichung.

Mayr: Aber heute schon sollte das in den Zeitungen stehen.

Breisky: Man sollte sagen: Voraussetzung ist ... und für die Bedeckung kommen in Betracht folgende Steuern.

Mayr:

Breisky: Ist das eigentlich eine Kompetenz der Regierung, die unanfechtbar ist, dass wir die Bezüge bestimmen? Das soll in den Nationalrat kommen. Die Entschließungen greifen in das Wirtschaftsleben so oft ein. Ich möchte der Regierung das Recht absprechen. Diese Verantwortung ist nicht mehr zu ertragen.

Mayr: Verhandeln kann man und Anträge stellen können wir auch. Und damit gehen wir zum Hauptausschuss.

Breisky: Auch unsere Position bei den Verhandlungen wird eine leichtere sein.

Mayr: Wir sind darüber einig, dass und wie verhandelt werden soll. Nur die Frage der Bedeckung.

Grimm: Soll ich sagen, dass der Hauptausschuss zustimmen muss?

Breisky: Wir sollen dem Hauptausschuss sagen, dass wir nicht kompetent sind, der Verfassung widerstreitet. Auch die Besoldungs-Ordnung.

Pesta: 500 Kronen sind den Eisenbahnern bereits angewiesen. Die sind aber bedeckt.

Wilfing: Das Wesentliche festgehalten werden kann: 2400 Vorschuss, darin liegt der Gedanke,

1) 2400 Vorauszahlungen.

2) An einem Tisch mit allen Organisationen.

3) Bedeckungsfrage sicherstellen.

4) Hängt der Ausfall ab von den Kredit-Verhandlungen.

5) Für die Presse Rechtfertigung der Regierung. Wenn die Beamten nicht eingehen auf diese Proposition, dann müsste diese der Zeitung übergeben werden.

Breisky: Man müsste sagen, Voraussetzung wäre die Bedeckung und hiefür stünde in Betracht die und die Steuer.

Die Regierung ist in einer ~~schlechten Situation~~ merkwürdigen Situation. Ist das eine Kompetenz der Regierung, dass wir die Verantwortung so ohne weiters auf uns nehmen, ohne den Nationalrat zu fragen? Das sind ja finanzielle Leiden eines Staates so einschneidende, eingreifende Verfügungen, dass die Regierung allein nicht entscheiden sollte.

Resch: Verhandeln müssen wir, Antrag müssen wir auch stellen und dann gehen zum Hauptausschuss.

Mayr: Bezüglich der Verhandlungen sind wir klar, wie weit man gehen kann und Vorschlag für Bedeckung.

Grimm: Für mich ist wichtig, soll ich den Vorschüssen und der Auszahlung zusagen, vorbehaltlich dass der Hauptausschuss zustimmt.

Pesta: Bezüglich der Eisenbahner sind die 500 Kronen schon zur Auszahlung angewiesen worden. Die müssen dann eine Ergänzung finden, wenn es bei 2400 Kronen bleibt.

Grimm: Ich werde die gestern nominierten Ministerien heranzuziehen.

Wilfing: Für die Verhandlungen kann festgehalten werden: 2400 als Vorschuss. Darin

dass über eine Besoldungs-Erhöhung verhandelt werden kann, die in diesen Rahmen fällt.

Dann ist noch ein Spatium 500 Kronen der Gemeinde Wien: Wenn wir das nicht gleich mitteilen, //

so wird uns der Vorwurf gemacht, dass wir sie hineinfällen lassen. Es erschwert die Position der Verhandelnden.

Mayr: Also sollte offen gesagt werden, dass die 500 Kronen auch noch von der Gemeinde Wien gegeben werden.

Grimm: 4400 Kronen auf zwei Monate, 26000 pro Kopf mehr, das macht auf alle Bediensteten angewendet 6,8 Milliarden.

Ungleiches Eisenbahnschema: wird nach Beschluss des Hauptausschusses automatisch erhöht werden müssen.

Wilfing: Sollen die Vorschüsse erst gezahlt werden, wenn der Hauptausschuss zugestimmt hat?

Mayr: Ja, bis Dienstag kann ich ihnen [...].

liegt der Gedanke, dass über eine Erhöhung der Bezüge verhandelt werden kann, in denen die 2400 enthalten sind.

Grimm: Also 2400, dann müssen wir anrechnen 1500, das sind 4400 Kronen auf zwei Monate. Auf 100 Prozent umgerechnet macht das 6,8 Milliarden. Davon haben wir allerdings schon für 4 Milliarden die Bedeckung.

Wilfing: Wegen der Zahlung der Vorschüsse: Erst dann, wenn der Hauptausschuss genehmigt hat? Hauptausschuss, tritt am 22./II. zusammen. 263.000 Angestellte.

½ 2

MRP Nr. 47 vom 19. Februar 1921

Beilage zu Punkt 2, [Bundesministerium für Finanzen], ohne Zahl, Ausführungen von
diversen Ministern zu den Forderungen der Staatsangestellten (5 ½ Seiten)

Ministerrat am 19. Februar 1921.



Fin. M. Dr. Grimm: Die Lage ist so verworren, nicht nur auf finanziellen Gebiete, daß eine definitive Lösung nicht gefunden werden kann, wenn man nicht dardenkt, alle Parteien für diese Frage zu interessieren. Es stehen jetzt folgende Wünsche einander gegenüber (in materieller Beziehung):

1.) die der Eisenbahnbediensteten, die im wesentlichen vom Minister Pesta schon zugestanden sein sollen: Verdoppelung der Teuerungszulage.

Das würde in Anwendung für alle Staatsbediensteten 4.7 Milliarden jährlich kosten.

2.) Die Forderung des Zentralverbandes und der Gewerkschaft der Akademiker; 100%ige Erhöhung sämtlicher Bezüge und Auszahlung einer Anzahlung noch in diesem Monate von 5000 K.

3.) Die Sektion der öffentl. Angestellten der Gewerkschaft (Bund) hat erklärt: Sie hat noch keine genaue Forderung gestellt, sich aber dem Wunsche nach Erhöhung der Teuerungszulage angeschlossen, zweitens lehnen sie auch nicht eine Erhöhung sämtlicher Bezüge um 100% ab, bestehen aber darauf, daß die prozentuelle Erhöhung in den unteren Klassen eine wesentlich höhere sein muß.

Bevor ich die materielle Frage weiter behandle, muß ich auf die formelle Frage eingehen. Gestern waren alle 5 Organisationen eingeladen. Alle sind gekommen, Zentralverband und Gewerkschaft haben aber im Vorzimmer erklärt, sie verhandeln nicht gleichzeitig mit dem Bund. Bespricht die Vorgänge nach der Sitzung. Der Bund ist heute bei mir erschienen als Sektion der Gewerkschaft. Dazu gehört einerseits der Bund der öffentl. Angestellten, soweit er Staats-

bedienstete umfaßt, dann die Post- und Telegraphenbediensteten, Stadtschutz- und Sicherheitswache. Parteilosig stellt sich der Bund auf einen neutralen Standpunkt. Es ist daher nicht einzusehen, warum der Zentralverband nicht mit ihnen zusammen verhandelt. Sie zusammenzubringen, ist zunächst die Frage der Regierung, bezw. der pol. Parteien. Das kann ich nicht allein tun. Die Verhandlungen sollen nicht vom Fin.Min. allein geführt werden.

Zur materiellen Frage: Die 100%ige Erhöhung würde ein Mehrerfordernis von 10 Milliarden betragen, von denen 4 Milliarden gedeckt sind, 6 - 7 Milliarden wären ~~noch~~ noch zu decken.

Gestern hatte ich den Eindruck, daß man sich auf 2500 K wird einigen können. Dann wurde mir mitgeteilt, daß sie auf 3500 K heruntergehen. Das ist kein Entgegenkommen, sondern nur eine Umrechnung der schon gezahlten 1500 K. Nach den Zeitungsmittteilungen hat die Gemeinde Wien gestern mit den Bediensteten ein Übereinkommen abgeschlossen, daß sie ihnen 2400 K voranzahlt und ein Eingehen in Verhandlungen wegen der perzentuellen Erhöhung zugesagt. Vorläufig 60 - 70%, es soll aber die Genehmigung bestehen, auf 100% hinaufzugehen, so daß die Gemeindeangestellten die Aussicht haben, voll befriedigt zu werden. Eine Zusage wegen des 70%igen Zuschlages wurde nicht gemacht.

Ich wollte gestern den Vorschlag machen, um die Gefahr eines Generalstreikes abzuwenden, 2000, event. 2500 K zu bewilligen, wobei ich aber sofort eine Bedeckung hätte suchen müssen. Ich habe aber dabei immer gemeint, daß diese 1000 K, die schon in Aussicht gestellt waren, davon abgezogen werden. Sie werden aber diese 1000 K verlangen.



wenn wir ihnen nicht 3.500 K bewilligen. Der Kabinettsrat wolle beschließen, daß man nicht weitergehen kann, als den Gemeindebediensteten zugestanden wurde.

Voraussetzung für die Zustimmung des Zentralverbandes ist aber, daß wir zu weiteren Verhandlungen wegen der Erhöhung der Bezüge uns bereit erklären. Dann kann man vielleicht mit 2.400 K das Auslangen finden. Ein Streik ist nicht zu befürchten, wenn nicht die Eisenbahner sich rühren werden.

Meyr:

Über das was die Gemeinde zugesteht, werden wir nicht herumkommen. Mehr können wir auf keinen Fall zugestehen. Es handelt sich dann um die Weiteren Verhandlungen.

B.M. Dr. Grimm:

Schon in dem Zugeständnis liegt eine weit schwerere Belastung der Bevölkerung. Wohin wir dabei kommen, ob zur perzentuellen Erhöhung oder so wie es der Bund verlangt, immer wird es ziemlich viel kosten.

Mayer

Die Verhandlungen müßten davon abhängig gemacht werden, daß mit allen Gruppen gleichzeitig verhandelt wird und daß wir die Aussicht haben, Kredite zu bekommen

Resch

Wenn wir zu einem positiven Resultat kommen wollen, ~~was~~ müssen wir das Gleiche anbieten, was die Gemeinde zugestanden hat. Überdies müssen wir die Bereitwilligkeit zu verhandeln zusichern, immer unter der Voraussetzung, daß die Bedeckung gefunden wird. Dem Organ. muß gesagt werden, daß mit einer allein nicht verhandelt werden kann.

Wenn man das gleiche Zugeständnis macht wie den Gemeindebeamten und überdies die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen erklärt, so wird es die Öffentlichkeit nicht begreifen, wenn gestreikt wird, weil nur gemeinsam verhandelt werden soll.

Die Masse muß aufgeklärt werden, eventuell durch die Zeitungen.



Mayer :

Breisky:

Es wird gut sein, wenn die Herren der Min., die gestern nahhaft gemacht wurden, an den Verhandlungen teilnehmen. Mir käme es sehr wichtig vor, daß man die Leute zusammenbringt. Es wird behauptet, daß in der Gewerkschaftskommision auch Angehörige anderer Parteien sitzen. Das wäre die Handhabe, auf die Angehörigen anderer Parteien einzuwirken, daß sie wieder sich mit dem Zentralverband zusammensetzen.

Mayer:

Man kann die Frage in die Parteien bringen, um Einfluß zu nehmen auf die eigenen Angehörigen. Für die Bedeckung muß man die Parteien herankriegen.

B.H. Dr. Grima:

Wenn wir 2400 K geben, so haben die Beamten zusammen bekommen 3900 K als Vorschuß. Die müssen wir nach ihrer Meinung aufteilen auf die künftige prozentuelle Erhöhung. Dazu kommt, daß die Gemeinde Wien, im Jänner nicht 1500 K sondern 2.000 K gegeben hat. Man müßte also 2900 K geben. Zunächst müßte man es natürlich 2400 K versuchen.

Resumiere ich: jetzt also 2400 K Vorauszahlung und Erklärung der Bereitwilligkeit, weiter über die Erhöhung zu verhandeln. Es müßten aber die Verhandlungen mit allen Organisationen geführt werden, zweitens müßte die Bedeckungsfrage sichergestellt werden, drittens hängt der Ausfall ab von den Kreditverhandlungen.

Die Regierung hat bisher in den Zeitungen nicht aufklärend gewirkt, um die Beamten nicht an den Pranger zu stellen. Wenn es die Beamten aber nicht einsehen, dann müssen sie es der Regierung zugute halten, wenn sie sich vor der Öffentlichkeit rechtfertigt. Wenn die Beamten auf 2.400 K nicht eingehen, so muß morgen schon eine Rechtfertigung in die Zeitungen kommen.

Mayer:

Es müßte gesagt werden, die Regierung muß die Bedeckung stehen durch diese und diese Steuern.

Breisky:

Das müßte direkt als Voraussetzung hingestellt werden.



B.M. Dr. Grimm:

Es ist sehr bedenklich, daß Minister Pesta erklärt hat, es muß jeder so viel bekommen wie der jüngste Industriearbeiter.

Pesta:

vertritt dies.

Breisky:

Hat den Eindruck, daß die Regierung in einer merkwürdigen Lage ist. Ist die Regierung überhaupt in der Lage, ohne weiters die Bezüge zu bestimmen, ohne den Nationalrat zu fragen? Das sind grundsätzliche Fragen, über die die Regierung nicht spurveran entscheiden kann. Der Vorschuß präjudiziert bereits.

B.M. Dr. Grimm:

Es handelt darum, ob wir das Recht haben, einen Vorschuß zu bewilligen. Wenn wir es nicht tun, so riskieren wir den Streik.

Mayr:

Wir müssen einen Antrag stellen, wie weit wir bei Verhandlungen gehen wollen und wie wir es bedecken wollen. Wir sind so ziemlich klar, wie weit wir gehen können.

B.M. Dr. Grimm:

fragt, ob man den Hauptausschuß wegen der Vorschüsse fragen soll; es wäre notwendig, weil es präjudizierlich für die Besoldungsreform ist und ein Junktim mit der Bedeckungsfrage besteht.

Pesta:

Die 500 K an die Eisenbahner sind bereits ausgezahlt.

B.M. Dr. Grimm:

Heute wird der Zentralverband vom Beschlusse der Regierung verständigigt werden, für morgen eine Mitteilung in die Zeitung.

Wilfling:

Für die Verhandlungen kann festgehalten werden 2.400 K Vorschuß. Darin liegt der Gedanke, daß über eine Erhöhung verhandelt werden kann, die mit dem Namen des Vorschusses gegeben werden kann. Dann handelt es sich noch um die 500 K der Gemeinde Wien. Das Vertrauen wird erschwert, wenn man das nicht öffentlich sagt. Man soll unter Umständen auf 2.900 K hinaufgehen können.

Heinl:

es müßte von parlam. Seite beanständet werden, daß das die Regierung macht.



Mayr:

Das können wir auch selbst sagen.

B.M. Dr. Grinn:

4400 K auf 2 Monate (1500 + 2900) das macht für 26.3000
Bedienstete 6,8 Milliarden.

Wilfling:

Die Verschüsse sollen erst gezahlt werden, wenn der Haupt-
ausschuß es genehmigt hat.

Mayr:

Ja, die Regierung kann ohne Hauptausschuß nichts machen.
Bis Dienstag kann die Sache erledigt sein.

